

ORF.at-„Wahlstimmen“-Interview mit Beate Mein-Reisinger, NEOS

„Wahlstimmen“-Frage

Also Frau Meinl-Reisinger, ich habe eine Frage an Sie: Was unterscheidet Sie denn eigentlich zur ÖVP? Also damals, ich war vielleicht auch noch ein bisschen jung, aber hat sich für mich damals nicht so sehr wie eine kleine ÖVP angefühlt wie jetzt. Also, wenn ich die jetzt wählen würde, dann kommt es mir so vor als wenn ich indirekt den Kurz wählen würde.

Gerald Heidegger, ORF.at: Frau Meinl-Reisinger, Sie haben die Frage wahrscheinlich schon öfter gehört. Sind die NEOS eine ÖVP mit anderem Anstrich?

Beate Mein-Reisinger: Nein, ich finde das sehr lustig, weil es ja von anderer Seite - von ÖVP-Seite - also da oft hört, wir sind die Grünen mit anderem Anstrich. Ich finde das bemerkenswert, dass man im siebten Jahr der Gründung noch nicht anerkannt hat, dass wir einfach NEOS sind, eine liberale Partei. Es unterscheidet uns ganz viel - zum einen einmal, wir sind nicht so verkrustet und verstaubt und mit Fußfesseln durch Bünde, Institutionen, Klientele oder sonst etwas gebunden. Das heißt, wir nehmen uns die Freiheit heraus, wirklich die ehrlichen Reformen für die Zukunft zu verlangen, die es auch braucht und nicht irgendwie Klientelpolitik zu machen. Und ich glaube, in den letzten Monaten war ganz klar, dass wir eine ganz andere Haltung haben in vielen Fragen. Vor allem, wenn es darum geht, ja diese täglichen, rechtsextremen Einzelfälle, die ja mittlerweile ein ganzes Museum füllen können, da haben wir eine klare Haltung dazu. Weder möchte ich in einem Land leben, wo die Caritas gebasht wird, noch möchte ich einem Land leben, wo man zynisch Schilder, gesetzwidrig wie der Herr Kickl von Erstaufnahmezentrum in Ausreisezentrum verändert. Noch will ich in einem Land leben, wo man 1 Euro 50 für Asylwerber zahlt - wo sogar der Herr Kurz gesagt hat: Ein Euro - das war ihm offensichtlich nicht wenig genug. Ich glaube, unsere Themen unterscheiden uns auch sehr. Wir sagen, Bildung vor allen anderen Themen stellen. Das höre ich leider bei den anderen Parteien gar nicht. Klima und Wirtschaft und vor allem auch die anständige Politik - also ich würde sagen, der letzte ganz große Unterschied zur ÖVP ist,...

ORF.at: Aber Sie haben auch, das war...

Meinl-Reisinger: ...dass wir alles transparent machen, 365 Tage im Jahr. Und kein... kein dunkles Loch in den Parteifinzen haben.

ORF.at: Aber Sie haben ja das Wort „liberal“ angesprochen. Ich habe das NEOS-Programm gelesen - da ist von „liberal“ gar nicht so sehr oft die Rede. Ist das vielleicht die Erfahrung von früher auch, wenn man an das Liberale Forum zurückdenkt, dass man das Wort „liberal“ vermeidet und vielleicht eine neue Mitte, die aufgegangen ist, auch seit sich die ÖVP ein bisschen neu positioniert hat, dass man das besser nutzt. Also sind Sie da ein Kernangebot geworden?

Meinl-Reisinger: Also... nein... die... die Liberalen sind ja in der Regel in der Mitte. Also so gesehen in diesem Spektrum - wir stehen am meisten in der Mitte.

ORF.at: Ist die Mitte größer geworden?

Mein-Reisinger: Komme ich drauf zu sprechen. Ich glaube ja, weil die ÖVP nach rechts gerückt ist. Aber der Punkt ist ja der: Die Werte, die wir vertreten, liberale Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, die Möglichkeit, dass ein jeder selbstbestimmt das Leben leben kann, Eigenverantwortung, aber natürlich auch Verantwortung, das sind ja alles zutiefst liberale Werte, die leider Gottes zunehmend in Bedrängnis sind. Und zwar nicht nur in Österreich, sondern europaweit und weltweit. Also wenn man sieht, diese Feinde, die gegen diese liberale offene Gesellschaft ankämpfen, die sitzen ja mittlerweile überall - ob das ein Donald Trump ist oder ein Viktor Orban ist, aber natürlich auch Putin in Russland - den würde ich jetzt nicht gerade als Vertreter der offenen, liberalen Gesellschaft und Demokratie bezeichnen - also insoferne, das sind unsere klaren Werte und, das ist klar ausgemalt. Und zur Mitte: Ja, ich glaube, dass die ÖVP sehr stark nach rechts gerückt ist und in vielen Fragen - nicht nur in Fragen der Plakate; Also es sind die gleichen Plakate, die Herr Kurz plakatiert, sprich die gleiche Sprache, wie das Herr Kickl plakatiert hat, wie das schon davor Jörg Haider plakatiert hat - tatsächlich türkis und blau nicht mehr voneinander unterscheidbar waren.

ORF.at: Danke jedenfalls, dass Sie sich Zeit genommen haben. Wir sind ja für die Wahlstimmen-Tour durchs Land gereist und haben die Bevölkerung gefragt, wie sie Politik betrifft. Herausgekommen sind fünf große Themen, die wir mit Ihnen diskutieren wollen, und dann haben wir noch drei persönlich ausgewählte Fragen an Sie. Das erste Thema, das wir haben, das sehr dominant war, das sehr in verschiedener Hinsicht thematisiert wurde, war das Thema Klima, Klimawandel und wie es zu bewerten ist.

„Wahlstimmen“-Fragen

Also ich finde, die neue Regierung - wie auch immer die dann ausschauen soll - soll eine CO2-Steuer einführen als Umweltmaßnahme.

Es ist genau wie mit die Abgase oder... oder ist wurscht was, und... und dann wird da so ein Theater gemacht. Die... die Rindviecher, die Furze, die die Rindviecher lassen, das... das ist schädlicher als die ganzen Autos und die Flugzeuge, die fahren. Ich meine, so viel deppert... ich glaube... ich glaube... das glaube ich einfach nicht. Also sollen wir jetzt bei jeder Kuh einen Katalysator raufmachen und die Flieger lassen wir oben fliegen? Ich meine, das ist etwas, was für mich nicht nachvollziehbar ist.

Ich sage nur Stichwort „Schwedengreter!“, ja. Ich glaube, dass das Thema Klimawandel überwertig im Augenblick dargestellt wird. Es lenkt eher von dem ab, worum es wirklich geht.

ORF.at: Frau Meini-Reisinger, wie... wie nimmt man die Leute mit, wenn man sagt, man muss beim Klima oder will beim Klimawandel etwas tun. Wie nimmt man sie mit? Sie haben sich... Sie reden von einer CO2-Steuer, die aufkommensneutral ist, was meinen Sie damit?

Meini-Reisinger. Nun zum einen geht es ja um die Frage: Ist dieses Thema so wichtig? Und da sagen wir ganz klar: Ja. Weil das sind wir den nächsten Generationen, das bin ich meinen Kindern, wenn ich mal Enkelkinder haben sollte, auch den Enkelkindern, schuldig, dass wir jetzt etwas tun. Also auch die Dringlichkeit darin erkennen und alles, was die Wissenschaft hier sagt, ist ganz klar: Wenn wir dieses 1,5-Grad-Ziel nicht erreichen, dann werden wir nicht in dieser Welt leben, wie wir sie jetzt auch so schätzen. Es geht hier nicht nur... Also es geht hier nicht um den Planeten als abstraktes Konstrukt, sondern es geht ja um unsere Lebensbedingungen. Es geht um... auch gesundheitliche Fragen. Wir wissen, dass es Hitzetote gibt, dass Tropenerkrankungen steigen, also da ist ja ganz viel, was die Lebensqualität der Menschen massiv beeinträchtigen wird. Das heißt: Dringlichkeit, wir müssen jetzt etwas tun. Und ich freue mich sehr, dass - es gab ja so eine Klimaprüfung: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben im Auftrag von „Fridays for Future“, also dieser weltweiten Klimabewegung, die Konzepte der Parteien untersucht, und ich freue mich, dass unser NEOS-Konzept gemeinsam mit dem von den Grünen auch als die besten Konzepte bewertet wurden. Wir haben beide ein Gut bekommen als Note, das heißt so die Bestnote da drinnen. Und das freut mich sehr. Was machen wir? Wir haben gesagt...

ORF.at: Das wollte ich fragen. Was ich... Ein Gut ist schön, aber... aber... was wollen Sie mit der CO2-Steuer? Ich habe noch immer nicht verstanden... was die... was die genau.. was die genau will?

Meini-Reisinger: Es ist eigentlich ganz einfach: Es geht darum, Umwelt und Menschen zu entlasten. Was meine ich damit? Wir nutzen Marktmechanismen, - wenn man so will - das Verursacherprinzip: Umweltverschmutzung bekommt einen Preis. Gleichzeitig aber, und da finde ich, dass die anderen Parteien - also insbesondere ÖVP, FPÖ, die ja das Thema gänzlich negieren, aber leider auch die SPÖ, die da eine Mauer macht - die Dringlichkeit nicht drinnen sehen. Es braucht kluge Konzepte, wie wir die Menschen nicht belasten, sondern entlasten dabei. Und das geht nur, wenn ich es aufkommensneutral mache. Wenn ich gleichzeitig Steuern abschaffe, die die Menschen belasten würden, und wenn ich vor allem eines mache: die Lohn- und Einkommenssteuer drastisch runtersenke, vor allem indem ich die kalte Progression abschaffe. Bei uns im Konzept widmen wir uns dem Thema Verkehr oder dem Sektor Verkehr. Das ist auch der Bereich, wo wir am meisten die CO2-Emissionen steigend haben. Und wir haben uns auch ausrechnen lassen von einem Institut, welchen Effekt unser Konzept hätte. Zum einen haben wir gesehen, dass es wir Pendlerinnen und Pendler nicht belasten, sondern sogar entlasten können über die Lohn- und Einkommenssteuer. Das einzige, was es braucht, ist ein Gesamtkonzept und den Mut zu haben, auch solche Gesamtkonzepte auf den Tisch zu legen. Und das Zweite: Wir schaffen eine Reduktion der CO2-Emissionen im Verkehr um 30 Prozent - das ist enorm. Das ist auch das beste Konzept, das es derzeit gibt in

Österreich. Deutlich mehr CO₂-Einsparungen als es im Konzept der Grünen ist. Und wir schaffen noch etwas, nämlich die ausländischen LKWs zu belasten und damit 300.000 LKWs alleine auf der Inntalautobahn weniger pro Jahr. Das sind 1.000 LKWs weniger.

ORF.at: Das heißt, Sie wollen es so unattraktiv machen, damit man nicht mehr durch Österreich durchfährt, oder so teuer.

Meinl-Reisinger: Na wir gleichen den Preis vor allem an. Österreich hat jetzt ein Dieselprivileg, ist jetzt in der Situation, dass LKWs die Routen so legen, dass man günstig, billig durch Österreich fährt. Das belastet die Umwelt, das belastet die Menschen. Da geht es um Lärm, da geht es um Stau. Also das sind eine enorme Belastung. Und ja - wir sind ja auch so ehrlich und sagen: Diesel und Benzin wird in unserem Konzept ein wenig teurer, wie gesagt die Entlastung passiert auf anderer Seite, nämlich bei NOVA, Kfz-Steuer, motorbezogene Versicherungssteuer und vor allem Lohn- und Einkommenssteuer - deutliche Senkung. Aber die ausländischen LKWs, die trifft es. Und ich kann hier nur auf Untersuchungen zurückgreifen, wie zum Beispiel vom Verkehrsclub Österreich, der sagt: Allein bei der Inntalautobahn 300.000 LKWs pro Jahr weniger. Das wird genauso sein bei der Westautobahn, genauso sein bei der Südautobahn. Also das werden die Menschen schon deutlich spüren, dass es da eine Entlastung gibt, wenn man nicht die ganze Zeit hinter dicken Brummern im Stau steht.

ORF.at: Da Sie sich gerade so mit den Grünen matchen, wollen Sie auch ab 2030 keine neuen Autos zulassen, die noch CO₂ ausstoßen?

Meinl-Reisinger: Also ich glaube, dass man hier auf jeden Fall zunächst einmal auf die Technologieentwicklung setzen muss und abwarten muss auch bezüglich Antriebstechnologien, was sich durchsetzt. Ich weiß, die ÖVP, die redet dann immer von Wasserstoff, das halte ich für... sehr ambitioniert im Individualverkehrsbereich. Das glaube ich nicht, ich glaube eher, dass es Elektroautos sein werden, aber derzeit sind die ein Luxus, das muss man ganz offen sagen. Ich kann den Menschen ja nicht sagen „jetzt steigt um auf einen Tesla“. Ich meine, haben Sie sich anschaut, was das kostet, also da wird man schon noch ein bisschen abwarten müssen, und viele Menschen sind ja angewiesen auf das Auto. Muss auch dazu sagen, dass sehr viele neue PKWs - auch wenn sie Verbrennungsmotoren sind - eh schon deutlich weniger CO₂ emittieren, als man das vor 15 Jahren mit den Stinkern gehabt hat. Und deshalb auch ja auch die Abschaffung der NOVA im Auszug... im Gegenzug zum CO₂-Preis, zur CO₂-Steuer. Weil wenn eine Familie dann sagt „jetzt kann ich mir vielleicht leichter ein neues CO₂-... weniger CO₂ emittierendes Auto leisten“, dann soll mir das sehr recht sein. Wir wollen die Menschen auch entlasten in Österreich.

ORF.at: Apropos Luxus: Wohlstand war ein großes Thema, da haben wir auch einige interessante Stimmen gesammelt zwischen Ost und West.

„Wahlstimmen“-Fragen

Gerade in Vorarlberg ist Wohnraum ein riesengroßes Thema durch die Nähe zu Liechtenstein und zur Schweiz. Und leistbares Wohnen ist kaum mehr möglich.

Für mich ist das Allerwichtigste, was die Regierung in Österreich zu machen hat, das ist die Armut in Österreich. Es gibt so viele arme Menschen in Österreich, die unter dem Existenzminimum leben, die von der Mindestsicherung, von der Sozialversicherung abhängig sind - trotz Arbeit.

Ich bin Verkäuferin. Eine Verkäuferin steht bis 19, 20 Uhr im Verkauf. Der Kindergarten geht bis halb fünf, fünf. Ja, soll ich mir nachher das Kind auf den Rücken schnallen? Da ist nichts da. Und so fangen die ganzen Dilemma an. Und meiner Meinung sollte da viel mehr gefordert werden.

Dass wieder mehr im Vordergrund steht, dass man für den Wohlstand, dass es uns gut geht. Dass man was leisten muss - das ist für mich sehr wichtig. Das heißt aber nicht, dass ich denen, die Hilfe benötigen, keine vergönne.

ORF.at: NEOS sind ja sehr für einen schlanken Staat, jetzt hat das WIFO neulich eine Studie veröffentlicht, dass Sozialleistungen schon die Armutsgefährdung dämpfen. Also würde man sich nur vom Markt quasi ernähren müssen, dann wären es... wären ein Drittel... bis zu ein Drittel der Österreicherinnen und Österreicher doch armutsgefährdet. Wie sehen Sie die Aufstellung gerade im Thema Wohlstand und Arbeitskraft und Sozialleistungen?

NEOS: Da waren jetzt viele Fragen drinnen, aber ich muss vielleicht gleich einmal sagen: Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, dass wir NEOS nicht für Sozialleistungen stünden. Das ist also eine Unterstellung, die ich ganz entschieden zurückweisen möchte. Vielmehr...

ORF.at: Ich habe Ihr Programm gelesen, wo halt steht: viele... viele... viele Sachen sollen reduziert und vereinfacht werden, ja.

Meinl-Reisinger: In welchem Bereich?

ORF.at: Auch im Bereich Pensionen, im sozialen Bereich.

Meinl-Reisinger: Aber das stimmt doch nicht, was Sie sagen. Verzeihen Sie, das lasse ich mir auch hier heute nicht unterstellen von Ihnen. Muss Sie allerdings...

ORF.at: Naja Ich unterstelle gar nichts, aber Sie sagen, Sie wollen einen schlanken Staat, das steht öfters in Ihrem Programm. Und da frage ich nach, was Sie meinen. Ich unterstelle Ihnen gar nichts.

Meinl-Reisinger: Na dann reden wir zum Beispiel über Föderalismus und wie viel an Ineffizienzen da drinnen ist im System. Dann reden wir von Doppelförderungen, dann reden wir von Bereichen, wo der Staat drinnen ist, wo... ja aufgeblähte Systeme entstanden sind. Saturierte Privilegienstadt. Darüber müssen wir reden. Aber wenn Sie unser Programm gelesen hätten, dann wüssten Sie ja auch, dass wir für ein liberales Bürgergeld sind, das ganz anders als das jetzige Modell der Mindestsicherung erstens einmal einen Zugang hat, das den Menschen nicht zu Bittstellern macht. Das ist einmal ganz wichtig. Also wir wollen da keine Stigmatisierung oder ähnliches. Und das Zweite ist eine Überzeugung, die vielleicht da auch eine Brücke schlägt zwischen den Positionen, ganz klar die Menschen absichert, die es braucht... brauchen und zwar, dass ein menschenwürdiges Leben möglich ist. Punkt aus, dafür stehen wir. Aber vor allem auch einen Anreiz setzen - oder anders gesagt: die belohnt, die dann noch etwas tun. Weil derzeit haben wir das System, dass es manchmal zu einer Falle wird. Nehmen wir die Notstandshilfe her. Das ist null oder eins. Wenn Sie ein bisschen arbeiten, verlieren Sie die Notstandshilfe. Das halte ich nicht für klug. Der Mensch soll immer mehr haben, wenn er oder sie auch - und wenn es ist ein paar Stunden - etwas arbeitet, auch weil es ja ganz wichtig ist. Es geht ja hier auch um Sinnstiftung im Leben. Ja, ganz wesentlich. Es waren ja hier ein paar Fragen - ich versuche die jetzt ein bisschen aufzubröseln. Zum Thema leistbares Wohnen: Vorarlberg ist eine ganz besondere Situation, wo es auch sehr viel um die Frage, glaube ich, geht der Raumordnung. Es ist extrem zersiedelt, und dort ist es meines Erachtens sehr wichtig - wie natürlich in anderen Ländern... Bundesländern auch - dass es eine kluge Wohnbauförderungspolitik gibt, die Sorge dafür trägt, dass es nicht zu einer zunehmenden Bodenversiegelung kommt.

ORF.at: Darf ich da kurz einhaken: Sollte sich da der Bund stärker einbringen? Weil die Raumordnung ist ja eine stark Länder- und oft gemeindeabhängige Sache.

Meinl-Reisinger: Also wir sprechen uns sehr wohl aus, dass es hier bundesweite Raumordnungsstandards gibt und dass es vor allem auch für wichtige Infrastrukturfragen sehr wohl eine Bundeskompetenz gibt. Das ist jetzt ein bisschen ein anderes Thema, aber wenn wir zum Beispiel die Energiewende in Österreich schaffen wollen, dann brauchen wir auch einen Lückenschluss in der Stromnetz-Infrastruktur. Und hier sozusagen auch von Bundeseite Raumordnung für bestimmte... für bestimmte Projekte das vorzusehen und damit auch zu reservieren die Flächen, halte ich für sehr wichtig. Und beim Thema Wohnbauförderung geht es uns vor allem auch um die Zweckbindung, also ich will nicht, dass das in irgendwelchen Budgets versickert.

ORF.at: Na weil Sie haben vorher gesagt, Föderalismus... das heißt, Wohnbauförderung kann schon bei den Ländern bleiben, aber sie soll zweckgebunden sein?

Meinl-Reisinger: Sie muss zweckgebunden sein, das kann nicht sein, dass wir Wohnbauförderung.

ORF.at: Und bei den Ländern bleiben?

Meinl-Reisinger: Ja das kann gut sein, bei den Ländern - weil es unterschiedliche Anforderungen gibt. Vorarlberg wird andere Bedürfnisse haben als Wien - völlig klar. Da wo wir in Verantwortung sind als NEOS in Salzburg, da gehen wir sehr innovative Wege mit drei Förderkonzepten, die hochwirksam sind. Also unsere Landesrätin Andrea Klambauer hat es geschafft, bei über 8.000 Wohnungen die Mieten deutlich zu senken, indem sie Zinsvorteile genutzt hat. Wir haben ja derzeit eine Situation von günstigen Zinsen, und sie hat da diese Zinsvorteile genutzt und weitergegeben an die Mieter. Sie hat auch etwas gemacht durch Baulandmobilisierung des Landes im Wege von Baurechtsvergaben an gemeinnützige Träger ob... Grundstücke gegeben, da fallen die Grundkosten dann weg, und damit werden natürlich die Wohnungen deutlich günstiger werden in der Miete werden. Also das werden über 15.000 Wohnungen zusätzlich sein mit sehr günstigen, leistbaren Mieten. Und sie hat auch die Wohnbauförderung so umgestaltet, dass vereinfacht gesagt jetzt nicht mehr tendenziell das Einfamilienhaus auf der grünen Wiese gefördert wird, wo wir wieder eine Pendlerproblematik haben, eine Bodenversiegelungsproblematik, was auch umweltschädlich ist, sondern Kaufförderung in verdichteteren Gebieten - auch stadtnahen Gebieten, weil wir sehen, dass zunehmend auch der Mittelstand unter Druck gerät und aus den Städten vertrieben wird.

ORF.at: Aber wenn ich noch auf die letzte Dame...

Meinl-Reisinger: Und Kinderbetreuung. Ja, das ist ein ganz wichtiges Thema. Da hat die ja völlig recht.

ORF.at: Sie sind... Sind Sie dann der Meinung der Dame, die wir am Schluss gehört haben, dass es sozusagen der, der arbeitet... Es soll gerecht sein und der, der arbeitet, sollte schon mehr in der Tasche haben als der, der auf ein Transfergeld angewiesen ist.

Meinl-Reisinger: Also ich glaube, dass wir keine sogenannten Inaktivitätsfallen bauen sollten. Und ich bin schon der Meinung, dass grundsätzlich auch unser Gemeinwesen davon lebt, dass jede und jeder - so er oder sie kann, weil darum geht es ja immer - einen Beitrag leistet. Ich will aber sozusagen dieses starke, soziale Netz für die, die nicht können - und da gibt es verschiedene Gründe, ob das jetzt Krankheit ist, ob das jetzt ein Schicksalsschlag ist, ob das vielleicht auch eine Behinderung ist, ob das Alter ist oder man findet... - also für die, die nicht können, aber nicht für die, die nicht wollen, weil das werden wir uns nicht leisten können. Wir müssen hier schauen, dass hier jede und jeder einen Beitrag leistet. Und auch die, die dann noch arbeiten zusätzlich, dass denen das nicht komplett gestrichen wird, sondern mehr bekommen.

ORF.at: Ein großes Thema waren Jung und Alt. Und auch natürlich im Verhältnis zum Wohlstandsthema. Und da haben wir ein paar interessante Stimmen eingefangen zu dem Bereich.

„Wahlstimmen“-Fragen

Wir brauchen mehr junge Menschen, und das ist auch eine Sache, die mich an der Kurz-Politik halt angesprochen hat, dass es einfach viele... dass ich das Gefühl habe, es kommen viele junge Menschen zu Wort.

Ja wichtig ist auf jeden Fall, dass... dass wir die Schulbildung gut unterstützen. Sagen wir, in Bezug auf die Kinder - schon im Vorschulalter. Ich habe das bei mir gemerkt: Ich bin - wie ich nach Frankreich gegangen bin, konnte ich kein Französisch, ich konnte relativ wenig Englisch. Es sollten die Kinder eigentlich im Vorschulalter schon anfangen, dass sie mindestens die englische Sprache mit einbilden.

Die Meinung der Jugendlichen oder jüngeren Generation mit einzubeziehen und nicht zu sagen: „Die haben eh keinen Tau! Wählen ab 16 ist Schwachsinn - soll man wieder ab 18 machen.“ Weil dann wäre die Frage: Sollte man ab 60 nicht mehr wählen dürfen?

ORF.at: Muss Politik wieder jünger werden, und wie spüren die Jungen das auch?

Meinl-Reisinger: Also da waren viele Themen drinnen. Ich würde drei Themen gerne herausgreifen. Die eine Frage ist sozusagen der Generationenfairness von Politik auch und wie weit junge Menschen zu Wort kommen. Da bin ich nicht der Meinung der Dame, die sagt, unter Kurz haben die Jüngeren wieder mehr Gewicht bekommen. Ich finde, das Gegenteil ist der Fall. Ich finde es erstaunlich, wie zukunftsvergessen hier ein so junger Kanzler ist. Ich habe hier nichts gesehen in puncto Generationenfairness. Uns NEOS geht es ja darum, dass wir unser Sozialsystem nachhaltig schaffen. Dass unsere Kinder und Enkelkinder etwas davon haben und wenn ich zum Beispiel auf den Bereich Pensionen schaue: 1970 sind die Menschen durchschnittlich mit 61 Jahren in Pension gegangen. Und man war dann durchschnittlich neun Jahre in Pension, weil damals die Lebenserwartung nicht sehr hoch war. Also Menschen sind früh gestorben. 2019 gehen die Menschen durchschnittlich unter 60 in Pension, also arbeiten weniger lang als 1970, und sind im Durchschnitt, Gott sei Dank länger, 22 Jahre in Pension. Meine Tochter, die jetzt geboren wurde, hat, hat mir der Arzt gesagt, eine hohe Wahrscheinlichkeit, über 100 zu werden. Naja, aber da sieht man ja, dass dieser Generationenvertrag, der Österreich stark gemacht hat, ins Wanken geraten ist und man doch endlich ehrliche Reformen da braucht.

ORF.at: Aber wenn Sie davon reden... also Sie sagen ja in Ihrem Programm wieder, man könnte das Pensionsalter anheben, wenn die Lebenserwartung steigt. Sie sprechen von diesem schwedischen Modell. Also dass man sagt, es... je nach dem wie viel Aktiva und Passiva da sind, gibt es dann die Möglichkeiten, immer ein Pensionsmonitoring zu machen. Müsste man in Zukunft nicht sagen, dass man einen Grundsockel der Pensionen überhaupt gar nicht mehr über dieses Versicherungssystem finanziert, sondern gleich aus dem Budget?

Meinl-Reisinger: Na das tun wir ja schon längst. Also die Zuschüsse aus... Aber noch nicht so hoch, na? Was heißt, nicht so hoch? Naja, noch nicht so hoch wie man es dann vielleicht

bräuchte. In der Zukunft. Na das ist schon richtig, aber 20 Milliarden... 20 Milliarden zahlen wir jetzt schon aus dem Budget zu. Das ist genau das, von dem ich gesprochen habe, das Umlagensystem. Dieser Generationenvertrag hat früher einmal geheißen: Zirka drei Menschen, Erwerbstätige, sichern die Pension einer Pensionistin oder eines Pensionisten. Jetzt haben wir ein umgekehrtes System, bald. Dass ein Erwerbstätiger oder eine Erwerbstätige die Pensionen von drei Pensionistinnen und Pensionisten absichern muss. Also da bin ich auch gerne die Anwältin der Erwerbstätigen und vor allem der Jungen, die sagen, also bitte das ist nicht generationenfair und nachhaltig aufgestellt. Und wir... es wäre ja schon toll, wenn wir das faktische Pensionsantrittsalter an das gesetzliche angleichen würden.

Das zweite Thema, was da angesprochen wurde, und das hat auch etwas mit der Frage einer zukunftsfähigen Politik zu tun, ist das Thema Bildung. Ich nehme auch das Thema Kinderbetreuung gleich mit, weil das ja für uns keine... oder nicht nur eine Kinderbetreuung ist, sondern ist ja die erste Bildungseinrichtung, der Kindergarten. Und da hat der Mann völlig Recht: Bildung ist das entscheidende Thema. Das ist auch der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben und zu allen Chancen im Leben. Da sind wir nicht gut genug in Österreich. Und da hat Türkis-Blau aber genau gar nichts weitergebracht. Die haben Show-Politik gemacht, Inszenierung, aber ich bin wirklich grantig, wenn ich auf die Ergebnisse schaue. Wir haben immer noch ein Fünftel der Schülerinnen und Schüler, die die Pflichtschule verlassen, nicht sinnerfassend lesen können, nicht gescheit rechnen können, teilweise nicht gut genug Deutsch können. Das ist... Die haben keine Chance im Leben, und ich weiß auch nicht, ob unser Land etwas davon hat, wenn wir so viele junge Menschen verlieren. Wir verlieren ganze Generationen.

ORF.at Müssen wir noch - Entschuldigung, dass ich da einhake - müssen wir noch Junge kriegen, die wir besser integrieren müssen? Stichwort auch Pensionssystem... Finanzieren? Die Bertelsmann-Stiftung hat jüngst für Deutschland gesagt, dass man im... im Jahr 270 bis 290.000 Migranten und neue Leute von außen in Deutschland bräuchte, Österreich hat eine ähnliche Struktur. Muss man fairerweise nicht dazusagen, wir müssen schauen, dass wir auch Menschen integrieren und auch junge Menschen integrieren, wenn man dann Ihrem... Ihrem System auch folgt, dass man sagt, man braucht genug Junge, damit man auch den Älteren... die Pensionen finanzieren kann?

Meinl-Reisinger: Ich würde gerne einmal bei dem Thema bleiben und möchte aber noch einmal sagen, da geht es nicht darum, unserem System zu folgen. Es geht einfach hier darum, eine Fairness zu schaffen gegenüber den Generationen und auch Sorge dafür zu tragen, dass sich unsere Kinder und Enkelkinder noch darauf verlassen können, dass sie im Alter abgesichert sind. Denn Sie können den Leuten alles erzählen, aber nicht dass sich das in dieser Form ausgehen wird, dann ohne Kürzungen. Und das will ich nicht. Ich will nicht, dass meine Kinder und meine Enkelkinder dann vielleicht nur noch ein kleines bisschen Pension bekommen und für den Rest selber vorsorgen müssen. Dafür kämpfe ich sehr leidenschaftlich. Bleiben wir beim Thema Bildung einmal, weil darum geht es ja jetzt auch einmal: Dass man sagt, ein Fünftel oder ein Viertel kann gar nicht gescheit lesen - also hier müssen wir ja ansetzen, vom Kindergarten beginnen. Weil selbstverständlich hat die Frau Recht, die

Öffnungszeiten sind nicht gut, hier braucht es viel bessere Betreuungsschlüssel, eine Pädagogin, ein Pädagoge auf viel weniger Kinder. Der Bereich, da würde man investieren. Wir sehen gerade auch im Zuge eines nachhaltigen Konjunkturpakets eine Milliarde vor für den Bildungsbereich zusätzlich - gerade auch für die Kindergärten ganz notwendig und zwar flächendeckend. Weil ich meine, viele Frauen haben ja gar keine Wahl. Die haben überhaupt keine Wahl, weil es keine Kinderbetreuungs-möglichkeiten gibt. Gerade mit kleinen Kindern. Das ist ja,... so viel zum Thema Leistung soll sich wieder lohnen, ha ha ha. Wenn ich keine Möglichkeiten habe dazu. Weil ich überhaupt keinen Kindergartenplatz habe. Und bei den Schulen - hier möchte ich vom Kindergarten anfangen bis zu den Schulen wirklich eine Bildungsrevolution. Und ein Punkt ist da drinnen: Bildungspflicht statt Schulpflicht. Das heißt, dass wir schauen müssen, dass die Kinder die Kompetenzen erreichen. Dass ich nicht sage, die sind neun Jahre in der Schule gesessen, okay, Pflichtschule absolviert. Sondern abteste bei einer mittleren Reife - können die lesen, können die schreiben, können die rechnen, können die Deutsch? Haben die vielleicht auch digitale Grundkompetenzen? Das war ja auch das Thema politische Meinungsbildung, wählen können,... können die Fakenews von echter Information unterscheiden? Und diese Kompetenzen müssen erreicht werden und dann ist es mir lieber, ein Kind ist zwei, drei Jahre länger in der Schule als dreißig Jahre beim AMS, das sage ich ganz klar.

ORF.at: Sehr viel hat die Leute in den Regionen beschäftigt, wie sie in der Region unterwegs sein können. Der Verkehr. Und da haben wir ganz spannende Stimmen eingefangen beim vierten, großen Themenbereich.

„Wahlstimmen“-Fragen

Im Außerfern wird oft diskutiert, braucht man die Fernpassstrecke? Soll man Alternativen finden?

Also es ist auch ein schöner Schmäh, wenn uns die Politik erzählt, wir sollen alle mit der Eisenbahn fahren. Wenn wir alle fahren, wird es beim Pendeln zusammenbrechen.

Also wenn ich jetzt irgendwo hin müsste aus meiner Heimatgemeinde, dann hätte ich es eigentlich schwer ohne Auto. Ich wäre an einem Bahnhof, wo ein Zug nur einmal in der Stunde fährt.

Es gibt in Mattersburg rundherum genügend Einkaufszentren, die allerdings nur mit eigenem PKW erreicht werden können. Am Land ist man da ja benachteiligt, weil man ja nicht so ein öffentliches Netz zur Verfügung hat. Da vermisse ich einfach, dass irgendetwas Konkretes einmal gemacht wird.

ORF.at: Wie kommt der öffentliche Verkehr am Land an oder wie kommt er in den Regionen an? In Wien stellen sich ja ganz andere Fragestellungen als - wir haben gehört Reutte, Zell am See - also dort, wo man sagt, da gibt es gar nichts, ja...

Meinl-Reisinger: Da haben die auch völlig recht. Das ist ja auch ein Grund, warum wir sagen, also jetzt Pendlerpauschale abschaffen. Solange man nicht umsteigen kann, ist das lächerlich. Ich meine, sie brauchen teilweise von Tamsweg nach Salzburg öffentlich länger als von Salzburg nach Wien. Mattersburg-Wien wird wahrscheinlich auch ganz schwierig sein, öffentlich. Ich weiß jetzt nicht, wie viele Stunden man da unterwegs ist, aber das geht einfach nicht. Infrastrukturausbau - etwas ganz Wesentliches. Aber da ist die Politik ja nicht ehrlich. Ich meine, da hat ja... unter Rot-Schwarz sind ja sogar 400 Kilometer Bahnstrecke lahmgelegt worden. Ich glaube nicht, dass hier Bahn - Bahnausbau auf jeden Fall - aber wir werden nicht in jeden hintersten Winkel Schienen legen können. Das heißt, es braucht hier auch meines Erachtens innovative Konzepte, wie verschiedene Gemeinden sich auch zusammenschließen können. Es braucht ganz gezielte Regionalförderung, es braucht hier auch simpel mehr Geld. Auch hier sehen wir vor eine Infrastrukturmilliarde. Und das Ganze muss auch rasch passieren. Da ist übrigens auch wieder ein Thema angesprochen worden, ein bisschen mit den Einkaufszentren... in Raumordnungsfragen. Also ich meine, dass Ortskerne verhungern... dort hören Geschäfte auf, der Wirt sperrt zu, die Ortskerne werden immer sozusagen verwaister und gleichzeitig schaffen wir durch wirklich sehr unkluge Raumordnungspolitik...

ORF.at: Sind aber sehr oft sehr kommunale Fragen auch, muss man sagen. Dass sich die Dörfer oft selber töten.

Meinl-Reisinger: Und da muss man, glaube ich, ganz gezielt auch ansetzen, das zu verhindern. Weil das ist ökologisch dumm, die Menschen müssen ins Auto steigen, die Ortskerne werden entkernt und das ist ganz wichtig. Also mittelfristig freuen wir uns auf jeden Fall, wenn diese... dieses Konzept auch in der wirklich aktiven Regionalförderung viel stärker verankert wird und da ist Infrastruktur etwas ganz Wesentliches. Also ich verstehe die Leute gut.

ORF.at: Der fünfte große Punkt war... das zieht sich durch alle Orte, in denen wir waren durch... Das Zusammenleben, die politische Kultur im Land und manche haben es so formuliert, dass so viel gestritten wird. Bitte.

„Wahlstimmen“-Fragen

Ach ich habe gar kein Gefühl mehr, weil ich - glaube ich - gar nicht mehr wählen gehe. Ich mag nicht mehr.

Ich glaube, die Leute sehnen sich nach einer Stabilität.

Ich glaube, dass... dass Österreich jetzt wirklich sich entscheiden muss, in welche Richtung das es tendiert. Ja, ist es jetzt wirklich bei der EU oder wollen wir eher so Orban-mäßig quertreiben?

Ich empfinde die Wahlkampfkosten ja enorm. Und was man da zum Beispiel Geld im Wahlkampf fließt, was man sonst das Geld ja nicht haben, gell?

Verantwortung übernehmen sollte man schon können, wenn man so ein Amt übernimmt. Und zu Dingen stehen und nicht alle zwei Minuten... „Ach so, hab ich das falsch verstanden“... ich meine, sie reden sich einfach ständig raus. Leben funktioniert so nicht. Weil jede Freundschaft geht den Bach runter, wenn ich so mit meiner Freundin tu... Einen Tag Hü, einen Tag Hott... einmal weiß ich es, einmal weiß ich es nicht. Dann sagt sie irgendwann: „Du, es tut mir leid, mit dir kann man nicht befreundet sein.“ Und so geht es mir mit den Politikern.

Dieser ganze Wahlkampf ist eigentlich unerträglich. Diese Schuldzuweisungen, diese Slogans, ich glaube, ganz viele in meinem Bekanntenkreis wollen das gar nicht sehen.

ORF.at: Wie ist dieser Befund zu ändern?

Meinl-Reisinger: Naja, also zu allererst und das ist etwas, was ich sehr stark vermisst habe - vor allem auch nach Ibiza - liegt es in der Verantwortung der Politiker selber, alles dafür Sorge zu tragen, dass das Vertrauen in die Politik wiederhergestellt wird. Und da war ich sehr klar darin, ich meine, ich habe nach dem Ibiza-Video gesagt... der Alexander Van der Bellen hat gesagt, so sind wir nicht als Österreicher. Und ich habe auch gesagt, so sind wir auch nicht als Politiker. Jedenfalls dürfen Politiker nicht so sein. Und um das zu verhindern, braucht es einfach scharfe Gesetze und klare Regeln. Und es ist wirklich zum Haareraufen, dass die Parteien - insbesondere die es betrifft, die da ja alle irgendwie intransparent sind... ich meine, da möchte ich ja nicht die FPÖ alleine mit dem Finger auf die zeigen und sagen: „Schaut, die sind das.“ Ich meine, das sind ja diese... dubiosen Finanzierungen haben ja ÖVP und SPÖ genauso gemacht. Das wollen sie nicht. Und das wäre aber so leicht, hier einen Schritt nach vorne zu gehen und zu sagen: Nutzen wir doch das als Chance, machen wir neue Politik, die Rechenschaft ablegt, die sich kontrollieren lässt und widmen wir uns endlich den Zukunftsthemen. Weil ich meine, das sind ja.... das Drama ist ja, die Leut, die haben tagtägliche Sorgen: Schule, Beruf, habe ich noch einen Arbeitsplatz? Geht mein Kind in die beste Schule? Wie... wie komme ich von A nach B? Wir beschäftigen uns seit Monaten mit illegaler Parteienfinanzierung, die ÖVP, die nicht bereit ist, Spenden rauszurücken und dann nur auf Druck rausrückt. Die ÖVP, die schon wieder Wahlkampfkosten überschreitet. Die nicht zulassen von Kontrolle durch den Rechnungshof. Das ist ja haarsträubend. Es ist ganz einfach. 365 Tage im Jahr Transparenz, alles offenlegen. Kontrolle durch den Rechnungshof. Ich meine, jeder Unternehmer muss seine Bücher offenlegen gegenüber den Finanzbehörden. Die Parteien nicht? Das ist ja. Und das Dritte ist: scharfe Sanktionen. Und wenn wir das machen, dann ist klar: Wir haben verstanden. So sind wir nicht als Politiker. Und das Zweite, was ich sagen möchte, ist: Auch mich belastet das im Wahlkampf enorm, dass viele eigentlich nichts anderes tun als den anderen herabzuwürdigen. Zu sagen: Nicht was sind die eigenen Zukunftskonzepte, was möchten wir, was sind unsere Vorstellungen? Also eben zum Beispiel das ist unser Bildungskonzept, das ist unser Klima- und Wirtschaftskonzept. Sondern eigentlich sagen: Die sind schlecht, weil... Die sind schlecht, weil... Ja, furchtbar. Ich meine, ich freue mich, die Österreicherinnen und Österreicher haben irgendwann eine Umfrage - also es gab eine Umfrage im Sommer - und die Österreicherinnen und Österreicher haben gesagt,

also die NEOS machen den fairsten Wahlkampf. Ich freue mich, dass das zumindest ankommt draußen.

ORF.at: Gut, wir wollen uns ein Stück weg weit ändern und auf die Bürger hören. Wir kommen zu den persönlichen Fragen. Eine sehr interessante inhaltliche Frage aus Zell am See von diesem Herrn.

„Wahlstimmen“-Frage:

Also eines... ein ganz ein wichtiges Anliegen ist meiner Meinung nach in unserer Gesellschaft in Österreich jenes Problem, dass also die Schere zwischen Arm und Reich sich sehr weit öffnet und dass viele Menschen wirklich Sorge haben, also ihr tägliches Leben zu bestreiten. Und dass die Wohnungsmieten zum Beispiel exorbitant hoch sind und einen großen Teil des Familieneinkommens beanspruchen und da haben wir auch ein wirkliches Problem. Das also... ganz ganz vordringlich gelöst oder verbessert werden sollte.

ORF.at: Beim Wohnen sprechen Sie sich ja aus auch für Förderungen. Gleichzeitig sagen Sie, sollen Förderungen gerecht eingesetzt werden und Sie sprechen auch von dem Einkommensmonitoring, also wenn jemand in einer geförderten Wohnung lebt oder in einer Gemeindewohnung - wie es in Wien wäre - wie würde denn so ein Einkommensmonitoring funktionieren?

Meinl-Reisinger: Da muss man jetzt ein paar Dinge unterscheiden. Also das Eine ist, noch einmal, da wo wir in Verantwortung sind, das ist in einem Bundesland, stellen wir die Bildungs- und Wohnbau-Landesrätin und haben gezeigt, dass wir NEOS das können. Leistbares Wohnen schaffen mit diesen innovativen Konzepten, die ich gerade gesagt habe. Und ja, es ist eine tiefe Überzeugung, dass es eine gute Verschränkung braucht zwischen sozialem Wohnbau, kommunalem Wohnbau, Gemeindebau, dem Gemeinnützigen - das ist ein Erfolgsmodell in Österreich. Ich will nur nicht, dass das irgendwie dann parteinahe ist mit exorbitanten Vorstandsgehältern, wo die Direktoren alles einstreifen - dagegen muss man auch kämpfen, dass in Österreich sich alles die Parteien irgendwie da unter den Nagel krallen. Und der dritte Bereich auch der private Sektor. Sozusagen. Dass das gut verschränkt ist. So, und beim sozialen Wohnbau - ich meine, alleine in Wien sind 60 Prozent der Wienerinnen und Wiener leben ja in sozialem Wohnbau. Da will ich, dass das treffsicher ist. Da will ich, dass dieser Bereich vor allem denen zugute kommt, wo man sagt, naja die können sich am freien Markt das eben nicht leisten. Und daher... will nicht, dass jemand ausziehen muss, das wäre ja lächerlich. Aber einen Solidaritätsbeitrag zu leisten und so auch vielleicht wieder mehr Geld zu schaffen und dann wieder einen neuen sozialen Wohnbau zu ermöglichen, ja warum denn nicht?

ORF.at: Das heißt, der wäre zweckgewidmet, dieser Beitrag?

Meinl-Reisinger: Ja selbstverständlich. Also ich meine, also ich will damit nicht irgendwie die... die Budgetlöcher stopfen, beispielsweise Wien ist genügend....

ORF.at: Ich frag nur nach, damit wir es verstehen.

Meinl-Reisinger: Naja, ich meine, die Stadt Wien bläst das Geld zum Fenster raus. Für Eigenwerbung, etc. Also da soll es nicht hinfließen jedenfalls. Ins Selbstmarketing. Vielleicht noch ein Thema zu dem Satz „Die Schere zwischen Arm und Reich“. Wenn man sich das anschaut, dann ist das ja nicht wahr für die Einkommen, weil da verteilen wir ja auch um mit einem progressiven Steuersystem. Aber es stimmt ganz massiv für die Vermögen. Und da muss man zwei Dinge sagen: Erstens einmal die niedrig... diese lange Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, die dazu führt, dass eigentlich die... die Leute, die halt sparen, am Spargbuch und nicht in Immobilien gehen oder nicht auf den Kapitalmarkt gehen können, permanent enteignet werden. Das heißt, das ist eigentlich ein Turbo für die Schere zwischen Arm und Reich bei den Vermögen, diese Niedrigzinspolitik. Und das Zweite ist...

ORF.at: Aber wie würden Sie das ändern wollen, wenn Sie nicht die Konjunktur bremsen mögen?

Meinl-Reisinger: Naja, ich habe vor Monaten gesagt, als die Konjunktur gebrummt hat, dass es an der Zeit wäre, die Zinsen jetzt wieder zu... zu steigern. Die EZB hat das nicht gemacht, jetzt stehen wir erneut wieder vor der Situation, dass eine Rezession droht. Die Zinsen wurden wieder herabgesenkt, aber wem nutzt das denn am meisten? Den völlig verschuldeten Staaten. Das ist ja das Problem, darum sind ja Schulden der Staaten so ein Problem. Weil es nicht nur nachfolgende Generationen belastet, sondern weil ja auch die Staaten abhängig werden von diesem billigen Geld und wir dadurch eigentlich die Leute permanent enteignen und das ist ja katastrophal. Wenn Sie Ihr Geld auf ein Spargbuch legen, dann bekommen Sie ja weniger, dann wird das weniger wert. Und das ist katastrophal. Daher müssen wir alles daran... also unsere Politik als NEOS richtet sich schon auch danach, dass wir dafür Sorge tragen, dass wir unter anderem zum Beispiel auch durch Kaufförderungen oder Kapitalmarktstärkungen es schaffen, dass möglichst jede und jeder in die Lage versetzt wird, auch wieder etwas aufzubauen. Und ein Schlüssel dazu sind weniger Steuern. Die Österreicherinnen und Österreicher zahlen einfach zu viel Lohn- und Einkommenssteuer. Und da beginnen wir einmal bei der sogenannten kalten Progression, dieser heimlichen Steuererhöhung, die ihnen Jahr für Jahr einfach noch was wegschneidet, nur weil sie ein bisschen mehr bekommen, weil es eine Inflation gibt. Das ist zutiefst ungerecht und ich will einfach, dass den Menschen mehr Netto vom Brutto bleibt, damit sie sich auch vielleicht wieder etwas aufbauen können.

ORF.at: Eine Dame aus Reutte hat eine Frage zum... zur digitalen Gesellschaft und vielleicht auch zum Thema davor passend, wem das am meisten nutzt.

„Wahlstimmen“-Frage

Wie könnte Digitalisierung nicht nur die Großunternehmer oder die CEOs fördern, bzw. bereichern, sondern auch die Bevölkerung und die große Masse?

ORF.at: Gibt es... Gibt es so... kann man dieses Bild korrigieren, dass die Digitalisierung ein paar wenigen Konzernen nutzt und die zu wenig für die einzelnen Steuerleistungen in den Ländern tun?

Meinl-Reisinger: Naja, das stimmt ja, aber das war ja gar nicht die Frage. Also da werden Sie ja von mir als Liberale nie etwas anderes hören. Da geht es immer um fairen Wettbewerb - fairer Wettbewerb heißt gegen Macht und Marktkonzentrationen zu kämpfen. Es war gerade immer auch jetzt eine liberale Kommissarin in der EU - Margrethe Vestager, die Google, Amazon, Facebook und Co. permanent die Stirn geboten hat und die zu Millionenstrafen verdonnert hat, weil eben diese Macht und Marktkonzentrationen nicht gut sind. Und fairer Wettbewerb heißt auch, dass die Steuern zahlen müssen. Deshalb auch ein ganz klares Ja zur digitalen Betriebsstätte, aber das kann ich nur auf europäischer Ebene lösen. Wenn ich das nicht auf europäischer Ebene löse, dann werde ich leider diese Steuergerechtigkeit nicht schaffen, aber dafür kämpfen wir ganz entschieden. Würde aber da gerne etwas anderes herausgreifen, weil die Frage ist ja: Wie können wir sicherstellen, dass die Digitalisierung für alle möglichst Chancen bietet? Und davon bin ich an sich überzeugt, da müssen wir wieder beim Bildungsbereich ansetzen. Das kann ja nicht sein, dass wir immer noch analog komplett den Unterricht machen. Und... also allein was die letzte Regierung unter Herrn Kurz an Inseraten und Werbeausgaben getätigt hat, ich glaube 44 Millionen Euro war das die... die Regierung... Wenn ich nur davon 30 Millionen nehme, kann ich jeden Schüler in Österreich ausstatten mit einem Notebook. Jetzt reicht das nicht alleine. Reicht das überhaupt nicht aus. Es braucht dann natürlich auch mehr Kompetenzen im Bereich Coding und so weiter, ich muss ja das verstehen auch, diese digitale Welt. Aber bitte, ich meine, das ist ja herzig, auf welchem Niveau wir da in Österreich sind, während uns andere Länder um die Ohren fahren. Also die Chancen der Digitalisierung - gerade in der Bildung - nutzen, Infrastruktur ausbauen - also auch da 5G. Wird immer viel gerühmt. Geht nicht schnell genug. Und vor allem auch die Betriebe dabei unterstützen, diesen digitalisierten Weg zu gehen. Und dann muss man sich fragen auch natürlich ganz entscheidend, was macht das dann? Also wo gehen Jobs verloren? Wo werden wir ansetzen müssen? Mit sozialen Maßnahmen, mit Bildungsmaßnahmen etc. Weil tatsächlich möglicherweise sich auch die Arbeitswelt so massiv verändert. Und das wäre keine sehr zukunftsorientierte und proaktive Politik. Ein letztes Beispiel auch, was wir fordern, ist gerade auch in dem Zusammenhang ein Bildungskonto für jeden, für den Bereich der Erwachsenenbildung - lebenslanges Lernen. Wo auch Arbeitgeber einzahlen, sodass es für jeden und jede die Möglichkeit gibt, auch entsprechend eine neue Ausbildung zu machen, eine Umschulung zu machen, eine Weiterbildung in einem gewissen Bereich. Weil klar ist auch, so schnell wie die Digitalisierung passiert, so schnell muss auch das Bildungssystem so angepasst sein, dass man auf diese neuen Fragen Antworten findet.

ORF.at: Die abschließende Frage blickt wieder ein bisschen in die Zukunft, und wir hören einen Herrn aus Wien.

„Wahlstimmen“-Frage

Liebe Frau Meini-Reisinger, wäre es Ihnen in Betracht gekommen, mit dem Herrn Kurz eine Koalition einzuschließen?

ORF.at: Also ich sage... ich erweitere es einmal kurz und frage, gibt es so etwas wie drei Mindestbedingungen für die NEOS für eine Koalition mit der ÖVP?

Meini-Reisinger: Naja ich habe das ja jetzt schon klar gesagt, also... Der Bundeskanzler steht ja fest. Das ist ja keine Wahl, wo es um den Kanzler geht. Also da kann man der ÖVP - es mag einem gefallen oder nicht... gratulieren. Sebastian Kurz wird den Kanzler stellen. Er wird auch den Auftrag zur Regierungsbildung bekommen. Im Übrigen finde ich das immer sehr lustig, wenn er sagt, es darf keine Mehrheit gegen ihn geben. Abgesehen von Allmachtsphantasien. In keiner Welt geht sich Rot-Grün-NEOS aus. Seit 2015... und ich muss auch sagen, wir tun uns sehr schwer mit diesen Wahlzuckerln, die die SPÖ versprechen. 16 Milliarden Euro, wie wohl die ÖVP auch einiges verspricht, was sehr viel Geld kosten würde, also ich glaube, die ÖVP und die SPÖ finden sich viel leichter beim Geldausgeben. Beim Geld anderer Leute ausgeben. Aber jetzt zu der Frage: Ich will einfach keine Neuauflage von Türkis-Blau. Und Sebastian Kurz ist mir hier nicht klar genug. Er plakatiert „Klarheit schaffen“ und eiert in dieser Frage herum. Er hält sich alles offen. Aber viele Österreicherinnen und Österreicher wollen zurecht eine Antwort darauf: „Wirst du jetzt wieder mit dieser FPÖ zusammengehen, die jetzt mehrfach gezeigt hat, dass sie nicht regierungsfähig ist?“ Also ich habe große Sorge und ich weiß, auch ganz viele andere Österreicher. Ich will auch keine mittelgroße Koalition dann mit ÖVP und SPÖ, wo man wieder mit angezogener Handbremse dann halt wieder schwarz-roten Postenschacher und Stillstand in die Zukunft gehen... oder eher in der Zukunft stillstehen. Und das heißt aber, dass wir bereit sein müssen, Verantwortung zu übernehmen. Wenn man eine Alternative will, dann kann man nicht kindisch herumeiern, sondern klar sagen: „Ja, wir NEOS sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.“ Nicht um jeden Preis, um auch diese Frage zu beantworten. Sicherlich nicht. Und eine Grundbedingung wird sein, dass wir endlich diese ganze Ibiza-Diskussion hinter uns lassen. Wir arbeiten mit keiner Partei zusammen, die nicht bereit ist zur Transparenz, die nicht bereit ist, sich kontrollieren zu lassen und die nicht bereit ist, auch Sanktionen mitzutragen - entsprechend dahin. Und da muss die ÖVP sich noch ordentlich bewegen, auch wenn der Herr Kurz immer anderes sagt.

ORF.at: Wir werden... Wir wissen mehr am Abend des 29. September, wie es ausgeht. Frau Meini-Reisinger, Danke fürs Kommen.

Meini-Reisinger: Danke fürs Gespräch. Danke für die Einladung.